



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0029/2013		Datum:	17.04.2013	
Verfasser:	03-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	Az:			
Gremienweg:					
02.05.2013	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE	
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt	
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert	
TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen		
Betreff:	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Schulsozialarbeit stärken				

Beschlusse Entwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, mit dem Land und dem Bund Verhandlungen aufzunehmen, damit die zur Zeit vorhandenen Mittel für die Schulsozialarbeit auch nach den Jahren 2013 und 2014 weiterhin zur Verfügung stehen. Ebenso sollen entsprechende Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt werden.

Die Bemühungen des Landes Rheinland-Pfalz, die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für eine dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit mit Bundesmitteln zu schaffen, begrüßt der Koblenzer Stadtrat ausdrücklich.

Begründung:

Schulsozialarbeit ist eine der zentralen präventiven Aufgaben mit hoher Wirkung, die auf lange Sicht hohe Kosten im Sozialbereich verringert. So z.B. in der Jugend- oder Familienhilfe. Ständig steigende Kosten in diesen Bereichen erfordern eine dauerhaft gesicherte Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund, das Land und die Stadt. Nur durch eine gesicherte Finanzierung der Schulsozialarbeit über die Jahre 2013 und 2014 hinaus, können wir die Jugendlichen ausreichend unterstützen und nachhaltig die Kosten der Stadt senken.